

# NZZ am Sonntag

## Presseförderung

### Wenigstens wird nicht mehr nur über die SRG gesprochen

Die Sozialdemokraten verlangen in einem neuen Positionspapier, dass die gedruckte Presse mit öffentlichem Geld unterstützt wird. Dies ist eine Reaktion darauf, dass das Medienunternehmen Tamedia die überregionalen Teile seiner Zeitungen gleichschaltet. Ausserdem hat SVP-Strategie Blocher gerade 25 lokale Gratiszeitungen gekauft - die SP warnt vor seinen «politischen Kampfblättern» und will mit öffentlichem Geld verhindern, dass die Medienmacht des Milliardärs wächst. Es gibt grundsätzliche Einwände dagegen, dass der Staat die Presse mit Geld alimentiert. Eine ihrer Hauptaufgaben ist es, die Aktivitäten des Staates und seiner Protagonisten zu hinterfragen. Zeitungen, die staatliche Zuwendungen erhalten, werden Beisshemmungen entwickeln - was niemandem nützt. Bemerkenswert ist jedoch, dass die SP ihre medienpolitischen Erwägungen nicht auf die SRG beschränkt. In der Schweizer Medienpolitik ging es bisher fast immer nur um die SRG. Dabei sollte man sich die Frage stellen, was für die Öffentlichkeit negativer ist: Wenn die SRG eine ihrer Unterhaltungsshow aufgeben muss oder wenn die Zeitungen vom Bodensee zum Röstigraben bald fast alle gleich aussehen? Es ist nicht schlecht, wenn sich die Politik Gedanken darüber macht, welchen Wert die Zeitungen für die Demokratie haben. (be.)

## Bergsturz

### Ein Meisterstück des Katastrophenschutzes

Nebst der schieren Gewalt von vier Millionen Kubikmetern zu Tal donnerndem Gestein hat am Bergsturz von Bondo noch etwas anderes beeindruckt: die Effektivität des Schweizer Katastrophenschutzes. Dass der Berg demnächst kommen würde, haben Experten mit Radarmessungen schon vor Wochen vorausgesagt. Man hat Maiensässe im Gefahrengebiet gesperrt und unübersehbare Warnschilder angebracht. Und als es schliesslich so weit war, griff ein Alarmsystem, und Personen konnten aus der Gefahrenzone evakuiert werden, bevor der Murgang das Dorf erreichte. Die Massen wurden schliesslich von einem Jahre zuvor erbauten Sicherheitsbecken und einer Mauer weitgehend aufgefangen. Die Natur wird man nie unter Kontrolle bringen, aber am Beispiel von Bondo zeigt sich, wie gut das Bergvolk der Schweizer gelernt hat, sich auf seine bedrohlichsten Naturgefahren vorzubereiten. Es tut es mit dem, was es von jeher beherrscht: Ingenieurskunst, Präzision und straffe Organisation. Der grösste Unsicherheitsfaktor scheint dabei einmal mehr der Mensch zu sein. Acht Personen sind leider - so ist zu befürchten - in den herabstürzenden Felsmassen umgekommen. Weil sie trotz Warnungen im Gefahrengebiet unterwegs waren. (fur.)

## Frankreich

### Macrons Eitelkeit ist riskant

Das Äussere ist dem französischen Präsidenten wichtig. Sei es sein Amtsantritt im offenen Militärwagen auf den Champs-Élysées oder ein betont kräftiger Händedruck beim Empfang des Amtskollegen Donald Trump - gekonnt stellt Emmanuel Macron Tatkraft und Grösse zur Schau. Jetzt weiss man, wie viel ihm solcher Glanz wert ist: 26 000 Euro kostet seine Visagistin den Steuerzahler bereits, wie enthüllt wurde. Damit macht sich Macron ebenso lächerlich wie sein Vorgänger François Hollande, der seinen Coiffeur fürstlich entlohnte, aber politisch nichts zustande brachte. Der Reformist kann es sich aber nicht leisten, als eitler Hanswurst dazustehen. Er stellt sich ins Abseits, bevor er mit der ersten Nagelprobe, der Arbeitsmarktreform, begonnen hat. (vmt.)

## Chappatte



## Der externe Standpunkt

# Unabhängige Forschung ist eine Illusion

Ob wissenschaftliche Arbeit vom Staat oder von einer Grossbank finanziert wird, ist nicht entscheidend. Was viel mehr zählt, sind Transparenz und Werthaltung, meint Karim Bschr

Vor rund vier Jahren forderte ein Zürcher Appell die Universitätsleitungen im deutschsprachigen Raum dazu auf, «dem kostbaren und von der Verfassung geschützten Gut der akademischen Freiheit und Unabhängigkeit Sorge zu tragen». Auslöser des Aufrufs war ein millionenschwerer Kooperationsvertrag zwischen der Universität Zürich und der Grossbank UBS. Die Aktion zog eine lebhaft öffentliche Debatte nach sich.

Das Hauptargument des Appells lautet: Ein Verträge gebundenes Sponsoring gefährdet die Unabhängigkeit der Wissenschaft. Notabene sieht der Appell diese Gefahr nur dann, wenn das Geld aus der Privatwirtschaft stammt, nicht aber bei uneigennützigem Stiftertum. Insbesondere scheinen die Appellanten implizit vorauszusetzen, dass die Unabhängigkeit auf jeden Fall gewahrt ist, wenn Forschungsgelder aus staatlichen Quellen stammen. Und an genau dieser Stelle könnten sie - bei aller nötigen Skepsis gegenüber privatem Sponsoring - einem Irrtum aufgefressen sein.

Es trifft wohl zu, dass eine Forschungsinstitution in eine Abhängigkeit gerät, wenn sie Gelder von Dritten annimmt und dies in einem privatrechtlichen Vertrag regelt. Es liegt schlicht in der Natur eines Vertrages, dass er Abhängigkeiten zwischen den Vertragsparteien generiert. So weit, so trivial.

Das spezifische Problem der privaten Forschungsförderung liegt nun aber darin, dass die Mechanismen der Abhängigkeit durchaus subtile Züge annehmen können. Das neudeutsche Schlagwort in diesem Zusammenhang lautet: *bias*, Voreingenommenheit. Dass wissenschaftliche Forschung aber frei sein sollte von Voreingenommenheiten und Einflüssen jeglicher Art, gehört zu einem weit verbreiteten Ideal von Wissenschaftlichkeit.

Das Wertfreiheitsideal der Wissenschaft bildet offensichtlich den Hintergrund des Zürcher Appells. Um der Gesellschaft dienen zu können, muss die Wissenschaft frei sein

von politischen und ökonomischen Einflüssen, so die Idee. Aber wie so manches Ideal, scheidet auch das Wertfreiheitsideal an der harten Realität des Wissenschaftsbetriebes.

Die Wissenschaftsphilosophin Helen Longino hat in ihrem einflussreichen Buch «Science as Social Knowledge» bereits vor mehr als 20 Jahren darauf hingewiesen, dass die Vorstellung einer wertneutralen Wissenschaft unrealistisch sei und dass real stattfindende Forschung, selbst wenn sie staatlich finanziert ist und so tut, als sei sie objektiv, oftmals alles andere als frei von Partikularinteressen ist. Wissenschaftliche Forschung ist immer eingebunden in ein komplexes Gefüge von politischen, ökonomischen und moralischen Interessen. Staatliche Finanzierung ist weder eine Garantie für Unabhängigkeit, noch schützt sie vor Voreingenommenheit.

Nun könnte man einwenden, dass staatlich geförderte Forschung immer auf das

Wohl der Allgemeinheit und eben gerade nicht auf Partikularinteressen ausgerichtet sei. Aber auch an dieser Stelle klaffen Ideal und Wirklichkeit auseinander. Denn Forschungsschwerpunkte werden selten in direkt demokratischen Verfahren festgelegt. Die Verteilung von staatlichen Forschungsgeldern liegt weitgehend in der Hand von wissenschaftlichen Expertengremien. Dass in einem solchen Prozess Interessen und Abhängigkeiten im Spiel sind, lässt sich nur schwer bestreiten.

Ganz ähnliche Überlegungen veranlassten den seinerzeit an der ETH Zürich lehrenden Philosophen Paul Feyerabend dazu, die strikte Trennung von Wissenschaft und Staat zu fordern. In einer freien Gesellschaft dürfe die Wahl von Forschungsthemen nicht allein den Experten überlassen werden. Wenn die Bürger wünschten, dass an staatlichen Hochschulen Astrologie und Voodoo erforscht würden, so habe dies zu geschehen. Wenn private Geldgeber derartige Projekte finanzieren möchten, so gebe es keinen Grund, dies zu verhindern.

Man muss die radikalen Thesen von Feyerabend nicht teilen. Wer es allerdings ernst meint mit der Freiheit, der sollte den Forschenden zugestehen, ihre Finanzierungsquellen frei wählen zu können. Freiheit bedingt jedoch Verantwortung. Dieser Grundsatz gilt im Allgemeinen genauso wie für die Wissenschaft im Besonderen. Wenn eine Universität eine grosse Geldsumme von einem Unternehmen entgegennimmt, steht sie in der Pflicht, nachzuweisen, welchen Interessen und Zwecken die damit finanzierte Forschung dient und an welchen ethischen und gesellschaftlichen Werthaltungen sie sich orientiert.

Transparenz ist wünschenswert. Noch wünschenswerter wäre allerdings, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stets Rechenschaft ablegten über die Werte und Zwecke, an denen ihre Forschung ausgerichtet ist, ganz unabhängig davon, ob diese staatlich oder privat finanziert ist.

## Karim Bschr



Karim Bschr, 39, hat Biochemie und Philosophie studiert. Er lehrt und forscht am Lehrstuhl für Philosophie am Departement für Geistes-, Sozial- und Staatswissenschaften der ETH Zürich. Sein derzeitiges Forschungsprojekt über Prognosen und Unsicherheit in der Wissenschaft wird durch ein Branco-Weiss-Stipendium unterstützt.